

› sourcen und die Nähe zu den Marktteilnehmern, begrüsst Markus Fuchs, Geschäftsführer der SFAMA, die Neuorganisation.

Politische Hindernisse

«Den Marktzugang in Europa zu erreichen und die Exportfähigkeit des Asset Management zu fördern, hat derzeit hohe Priorität», betont Fuchs. Erst, wenn der Vertrieb aus der Schweiz heraus gewährleistet sei, mache es für die Asset Manager auch Sinn, ihre Aktivitäten hier voranzutreiben. Aus regulatorischer Sicht würden die Chancen dafür gut stehen, wenn die Schweiz kompatible Standards in der Finanzmarktregulierung habe. «Doch dazu muss sich die Schweiz zu angemessenen Verhaltenspflichten und zu einer international akzeptierten Aufsicht über alle Vermögensverwalter bekennen, was die Gesetzesentwürfe zu einem Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) und Finanzinstitutsgesetz (Finig) auch vorsehen», erklärt Fuchs. Diese müssten in dieser Form nun auch den politi-



«Diskretionäre Mandate spielen in der Schweiz eine zentrale Rolle im Asset Management.»

Herbert J. Scheidt,
Verwaltungsratspräsident bei
Vontobel und neuer Präsident der
Bankiervereinigung

schon Prozess überstehen. Die EU zeige sich derzeit allerdings ziemlich taub gegenüber den Anliegen der hiesigen Finanzindustrie, weil es Hindernisse auf politischer Ebene gebe – so unter anderem die Masseneinwanderungsinitiative – welche die Personenfreizügigkeit und damit die bilateralen Verträge torpediere. «Die Schweiz muss sich die Grundsatzfrage stellen, ob sie ein internationaler Finanzplatz bleiben will», bringt es Fuchs auf den Punkt. Die Logik ist einfach: Es braucht den internationalen Marktzugang, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und die Standortattraktivität der Schweiz für die Asset Manager zu erhöhen. •

Roadmap 2020

Liechtensteins Finanzplatz ist evident wichtig für den Wohlstand im «Ländle». Jetzt hat der Liechtensteinische Bankenverband mit der «Roadmap 2020» die Finanzplatz-Strategie vorgelegt.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Latte für die Zielsetzungen einer Roadmap hoch gesetzt wird. Das gilt besonders, wenn ein Sektor, wie eben die Finanzbranche im «Ländle», traditionell eine zentrale wirtschaftliche Rolle spielt. Die Zahlen sprechen für sich: Der liechtensteinische Finanzsektor erwirtschaftet 24 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), trägt rund 40 Prozent zu den Steuereinnahmen bei und bietet knapp 6000 Arbeitsplätze. Die Bilanzsumme der in Liechtenstein ansässigen Banken ist rund zwölfmal so hoch wie das BIP des Landes.

Vor dem Hintergrund, dass der Druck auf international erfolgreiche, kleinere Finanzplätze mit subkritischer Grösse ausgesprochen hoch bleibe, müsse Liechtenstein weiterhin auf verstärkte internationale Kooperation und Integration sowie auf Standardkonformität setzen, hält der LBV in der Roadmap fest. Gleichzeitig will sich der Finanzplatz durch verantwortungsvolles, nachhaltiges Handeln als «grundlegende Prämisse und als Bestandteil der Kultur» klar differenzieren.

Damit die Ziele erreicht werden können, muss aber auch die Politik mitspielen. So sollen Lohnnebenkosten nicht weiter erhöht, die Aufsichtsgebühren kompetitiv ausgestaltet und die allgemeinen Rahmenbedingungen noch weiter verbessert werden. Auch sollen die Aussenbeziehungen aufgrund der Abhängigkeit vom Ausland gezielt verstärkt werden, fordert der LBV. Eine grosse Herausforderung dürfte die künftige Positionierung des kleinen Fürstentums als attraktiver Arbeitsort im Bereich des internationalen Banking sein. Der Aufbau einer Bank-Kindertagesstätte für den gesamten Finanzplatz ist dabei sicher lobenswert. Noch wichtiger aber scheint eine «massvolle Lockerung der Zuwanderungs- und Niederlassungsmöglichkeit in Liechtenstein», die zur erfolgreichen Positionierung des Finanzplatzes beitragen würde, so der LBV.

Die Stossrichtung ist klar: Liechtenstein braucht einen diskriminierungsfreien EU-Marktzugang. Obwohl laut LBV schon ein



Liechtensteiner Parlamentsgebäude

hoher Standard an internationaler Integration und Standardkonformität erreicht werden konnte, geniessen für das EWR-Mitglied Liechtenstein die Integration und die Gleichwertigkeit innerhalb der EU weiterhin oberste Priorität. In diesen Bereichen seien daher auch Lösungen zu suchen. Allerdings solle dies mit Rücksicht und Bedacht auf das nahe Verhältnis und die Abhängigkeit zur Schweiz erfolgen.

Weiter sollte eine «ernsthafte Prüfung einer Mitgliedschaft bei bzw. nähere Anbindung an» die OECD sowie die FATF erfolgen, regt der LBV mit Blick auf den Informationsaustausch in Steuersachen beziehungsweise auf die Geldwäscherei- und Terrorismusbekämpfung an – nicht zuletzt aus Reputationsgründen.

Als zentral erachtet der LBV unter anderem auch, optimale Rahmenbedingungen zur Umsetzung von Digitalisierungsstrategien sowie zur Integration und Aufsicht von neuen Marktteilnehmern aus dem Fintech-Bereich zu schaffen. Jetzt ist die liechtensteinische Politik gefordert. (rm) •

BILD: FLICKR/URLOPLANY.PL